

Aktive Selbstorganisation und der Polizeiaufbau in Dresden 1945

Thomas Widera

Das effektive Handeln der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bei der Umgestaltung der Gesellschaftsordnung in der 1945 von der Roten Armee eroberten Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ist ohne die Funktion der Repression nicht denkbar. Zweifellos stehen an erster Stelle die Institutionen der Besatzungsmacht,¹ doch neben der Übernahme der Verwaltungen durch die Kommunisten ist die zügige Realisierung eines Polizeiapparates durch sie von nicht minderer Bedeutung. Dabei entwickelte sich „Sachsen zum Modell für die Polizeiorganisation in der Besatzungszone“.² Da die sächsische Landeshauptstadt Dresden bei Kriegsende die größte deutsche Stadt war, die sich uneingeschränkt im sowjetischen Einflußbereich befand und die den alliierten Absprachen zufolge darin verbleiben sollte, konnte unbeeinflusst von der Nähe der westlichen Alliierten hier das komplette Instrumentarium der Transformationspolitik der Sowjetunion zuerst ausgeprägt werden.³

Der Aufbau des Sicherheitsapparates wurde bisher einerseits primär unter dem Aspekt der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit beschrieben⁴ und die Institution als kommunistisches Herrschaftsinstrument entschlüsselt.⁵ Norman Naimark und Monika Tantzsch rückten den politischen Charakter der neuen Polizei und die Vorläuferfunktion für den Geheimdienst ins Zentrum ihrer Untersuchung,⁶ Mike Schmeitzner analysierte zudem die frühe Struktur der politischen Gegnerverfolgung.⁷ Diese Studien charakterisierten die Polizei als Auftragsbehörde der Besatzungsmacht, die zum Vollstreckungsorgan der Diktaturdurchsetzung ausgebaut wurde, wobei die in Dresden für die unmittelbare Nachkriegszeit untersuchte polizeiliche Praxis nur bedingte Gemeinsamkeiten mit der sonst üblichen Tätigkeit von Polizeiorganen aufwies.⁸ Weniger schlug

1 Vgl. Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion. Berlin 1999.

2 Naimark, Norman M.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945-1949. Berlin 1997, S. 420.

3 Vgl. Widera, Thomas: Dresden 1945-1948. Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft. Göttingen 2004.

4 Vgl. Bessel, Richard: Grenzen des Polizeistaates. Polizei und Gesellschaft in der SBZ und frühen DDR, 1945-1953. In: Bessel, Richard/Jessen, Ralph (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996, S. 224-252; Reinke, Herbert: „Ordnung, Sicherheit und Hilfe“. Die Anfänge der Volkspolizei in den sächsischen Großstädten Leipzig und Dresden 1945-1947. In: Fürmetz, Gerhard/Reinke, Herbert/Weinhauer, Klaus (Hrsg.): Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945-1969. Hamburg 2001, S. 51-70; Spors, Joachim: Der Aufbau des Sicherheitsapparates in Sachsen 1945-1949. Die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit unter den Bedingungen eines politischen Systemwandels. Frankfurt a.M. 2003.

5 Vgl. Thüsing, Andreas: Landesverwaltung und Landesregierung in Sachsen 1945-1952. Frankfurt a.M. 2000.

6 Naimark, Norman/Tantzsch, Monika: Die Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes in der Polizei der Sowjetischen Besatzungszone. Ursprung und Entwicklung der K 5. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1998. S. 125-156.

7 Schmeitzner, Mike: Formierung eines neuen Polizeistaates. Aufbau und Entwicklung der politischen Polizei in Sachsen 1945-1952. In: Behring, Rainer/Schmeitzner, Mike (Hrsg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945-1952. Köln/Weimar/Wien 2003, S. 201-267.

8 Vgl. Widera: Dresden 1945-1948, S. 183-230.

sich hingegen die komplexe Interdependenz zwischen „Antifa-Ausschüssen“ und Polizeiaufbau nieder. Die Beziehungen der im Gefolge der Roten Armee zurückkehrenden deutschen Exilkommunisten und der einheimischen Deutschen, die sich aktiv politisch betätigten, gestalteten sich voller Spannungen.

Der folgende Aufsatz stellt lediglich eine Annäherung dar an Selbstorganisation und Fremdbestimmung des Bemühens um die Gestaltung der politischen Ordnung nach dem Ende des Nationalsozialismus; insbesondere die Friktionen beim Aufbau der Parteien, die Eingriffe der Besatzungsmacht und die dirigistischen Einflußnahmen bleiben ausgespart. Im Mittelpunkt stehen Zusammenhänge von „Antifa-Komitees“ und Polizei innerhalb der exemplarischen Vorgänge unter sowjetischer Verfügungsgewalt in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden – lediglich ein Mosaikstein im Spektrum des facettenreichen Neubeginns 1945. Ein Vergleich mit der Situation in anderen Städten der SBZ und im westlichen Besatzungsgebiet unterbleibt. Der Terminus „Antifaschisten“ folgt der Selbstbezeichnung der Männer und Frauen, die sich an der Besetzung und Beseitigung nationalsozialistischer Machtpositionen beteiligten, die Funktionen übernahmen und die ihre Aktivitäten in diesem Sinn deuteten.

Welche Ziele verfolgten sie und im Unterschied zu ihnen die aus Moskau zurückkehrende kommunistische Parteiführung? Matern habe sich „in den ersten Wochen gewissermaßen als Kaderchef der Stadt Dresden“ betätigt: Er „erarbeitete die antifaschistische Stadtverwaltung“ und bemühte sich darum, „in Dresden und darüber hinaus die Partei aus der Illegalität herauszuführen“. Er teilte den von ihm ausgesuchten Genossen die Aufgaben zu, initiierte das Büro zur „Anleitung und Koordinierung“, den Aufbau der Polizei und die Vorbereitungen für die Legalisierung der KPD.⁹ Die Kommunisten der „Gruppe Ackermann“ dominierten die Politik, um demokratische Erneuerungsbestrebungen zu verhindern, in Dresden Hermann Matern und Kurt Fischer, letzterer künftiger sächsischer Innenminister und Präsident der Deutschen Verwaltung des Innern.¹⁰

Ohne Frage erforderten Sicherheitsinteressen nach Kriegsende den Aufbau der Polizei. Doch wenn die Übernahme der wichtigen Funktionen durch Kommunisten mit dem Argument begründet wurde – sie allein verfügten über die „richtige Perspektive“ und die „richtige Politik im Kampf gegen den Faschismus“¹¹ – stellt sich die Frage nach dem Ausmaß der Überformung polizeilicher Funktionen mit politischen Interessen. Worin bestanden die vorrangigen Aufgaben, worin die Ziele der neuen Polizei?

Die „Antifa-Ausschüsse“

Wer die politische Entwicklung im sowjetischen Besatzungsgebiet untersucht, sieht sich in den Archiven immer wieder mit den Anstrengungen von Protagonisten der

9 Erlebnisbericht von Erich Glaser, 10.2.1976, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStAD), SED-BL Dresden, NL Erich Glaser V/2.041.002, S. 260 ff.

10 Vgl. Schmeitzner, Mike/Donth, Stefan: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945-1952. Köln/Weimar/Wien 2002, S. 61-67; Richter, Michael/Schmeitzner, Mike: „Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden.“ Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konfliktes mit dem sächsischen Innenminister Kurt Fischer 1947. Eine Expertise des Hannah-Arendt-Instituts im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei. Dresden 1998.

11 „Referat des Herrn Polizeipräsidenten zu der Betriebsversammlung am 19. Oktober 1945 über den Stand und die Aufgaben der Kommunisten“, 19.10.1945, Stadtarchiv Dresden (StadtAD), Dezernat Oberbürgermeister 56, Bl. 3-9.

nachmaligen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) konfrontiert, anstelle von individuellen Erinnerungen an das historische Geschehen ideologisch vorgegebene Sinngemebungen zu setzen.¹² Nach seiner Befreiung aus dem Zuchthaus Waldheim erreichte der Kommunist Erich Glaser¹³ am 9. Mai 1945 Dresden und knüpfte am Tag darauf im Ortsteil Loschwitz den Kontakt zu einer „Initiative kommunistischer und sozialdemokratischer Genossen“. In seinen dreißig Jahre später verfaßten Erinnerungen berichtete er nur knapp über die Aktivitäten des „Antifa-Komitees“: „Die Hilfe der Bürger untereinander wurde organisiert. Die Kommunalen Hilfsstellen konnten natürlich nicht immer helfen. Sie waren auch recht unterschiedlich in ihrem Leistungsvermögen.“ Er verwendete den Begriff „Kommunale Hilfsstelle“, stellte damit die „Antifa-Komitees“ in einen Zusammenhang zur kommunalen Verwaltung und unterschlug ihre vielfältigen Ursprünge. Er habe dann von Hermann Matern den Auftrag erhalten, die Aktivitäten sämtlicher Ausschüsse in Dresden zu koordinieren, und richtete zu diesem Zweck in der Bautzner Straße 2 ein Büro ein. „Von hier aus ging nun die weitere Anleitung und Koordinierung der notwendigen Aufgaben aus. Der Gen[osse] Matern bezeichnete diese Kommunalen Hilfsstellen als die ersten gesellschaftlichen Organe nach dem Zusammenbruch. Er unterstrich, daß die Hauptinitiatoren der Bildung dieser Hilfsstellen offensichtlich die Genossen der KPD seien. *Er gab mir Hinweise über die politische Bedeutung, daß KPD- und SPD-Genossen, also die Arbeiterklasse, als erste hervortritt.* Daß diese provisorischen Verwaltungsorgane Organe der Massen seien, obwohl sie nicht gewählt worden seien. Daß die sich auf der Melanchthon-Straße konstituierende Dresdner Stadtverwaltung bei der Entfaltung ihrer Arbeit [sich] auf sie stützen werde. – In dem Maße, wie die Stadtverwaltung arbeitsfähig wurde, gingen die Kommunalen Hilfsstellen in ihren unmittelbaren Arbeitsbereich über und sie wurden umfunktioniert bzw. abgelöst.“¹⁴

Diese entproblematisierte Darstellung eines nur kurzen, aber für die gesellschaftspolitische Entwicklung in dem von sowjetischen Truppen besetzten Teil Deutschlands außerordentlich wichtigen zeitlichen Abschnitts, war fester Bestandteil der Historiographie der DDR.¹⁵ Tatsächlich existierte, wie das Synonym „Anleitung“ zu verstehen gibt, in dem Büro in der Bautzner Straße unter direkter Federführung der aus Moskau entsandten kommunistischen Initiativgruppe „Ackermann“ eine Zentrale zur Beseiti-

12 Vgl. Widera, Thomas: Politischer Einfluss auf die Gründungsmythen der Dresdner Geschichtsschreibung nach 1945. In: Dresdner Hefte 85/2006, S. 54-62.

13 Erich Glaser (1901-1984), Schriftsetzer, 1928 KPD, 1933 Emigration, nach Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg Internierung in Frankreich, 1943-1945 Zuchthaus Waldheim. Rückkehr nach Dresden Anfang Mai 1945, Mitglied der KPD-BL Sachsen, verschiedene Parteifunktionen. 1949-1957 Mitarbeiter des MfS, danach Funktionen im Staatsdienst.

14 Erlebnisbericht von Erich Glaser, 10.2.1976, SächsHStAD, SED-BL Dresden, NL Erich Glaser V/2.041.002, S. 260 (Hervorhebung im Original).

15 Vgl. Benser, Günter: Antifa-Ausschüsse – Staatsorgane – Parteiorganisation. Überlegungen zu Ausmaß, Rolle und Grenzen der antifaschistischen Bewegungen am Ende des Zweiten Weltkrieges. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 26 (1978), S. 785-802; Gräfe, Karl-Heinz/Wehner, Helfried: Die Hilfe der sowjetischen Militärorgane bei der beginnenden antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Sachsen. In: Militärgeschichte 24 (1985), S. 214-225; Wehner, Helfried: Die Unterstützung der sowjetischen Militärorgane für die deutschen Antifaschisten im Mai 1945 in Sachsen. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 18 (1970), S. 513-526. Die gravierende Langzeitwirkung von Fehleinschätzungen zeigt sich, wenn noch heute der sowjetischen Besatzungsmacht und den Exilkommunisten unterstellt wird, die von ihnen in der SBZ betriebene „Demokratisierung von oben“ habe die „Interessen der Arbeiter“ vertreten. So Michelmann, Jeannette: Aktivisten der ersten Stunde. Die Antifa in der Sowjetischen Besatzungszone. Köln/Weimar/Wien 2002, S. 24 f.; vgl. dazu die Buchbesprechung von Rainer Behring in: Historische Zeitschrift Bd. 279 (2004), S. 545 f.

gung der eigenständigen „Antifa-Ausschüsse“. Glaser gab die Anweisungen seines Mentors Matern weiter, verzichtete völlig auf die Wiedergabe eigener Beobachtungen und Erfahrungen und verbreitete ideologische Direktiven zur politischen Bedeutung der „Antifa-Ausschüsse“.

In der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges rückten viele Deutsche vom Nationalsozialismus ab, und schließlich distanzierte sich die Mehrheit. Die Aktivitäten der „antifaschistischen Ausschüsse“ oder „Hilfskomitees“ in Städten und Dörfern waren nicht nur Ausdruck von Neugestaltungsabsichten, sondern auch Teil einer Überlebensstrategie. Diese Annahme wird gestützt durch die Vielfalt gesellschaftlich-politischer und individueller Motive dieser Gruppierungen. Neben Menschen mit politischen und ethischen Visionen wollten andere in den Wirren des Umbruchs ihre Vergangenheit abstreifen, sich bereichern oder einfach die eigene Lebenssituation positiv beeinflussen. Viele orientierten sich auf die praktische Arbeit zur Überwindung der Not bei der Verteilung von Nahrungs- und Versorgungsgütern, versuchten die Verwaltungen und die Polizei zu reorganisieren. Die Besatzungsmächte ihrerseits wünschten zwar die tatkräftige Mitarbeit der Deutschen am Neu- und Wiederaufbau, gleichzeitig fürchteten sie den Verlust der Kontrolle und betrachteten die Entwicklung deswegen mit Sorge.¹⁶

Die Dezentralisierung der Verwaltung Dresdens, erforderlich geworden nach der großflächigen Zerstörung des Stadtzentrums zwischen dem 13. und 15. Februar 1945, erleichterte den Gegnern der Nationalsozialisten die Übernahme kommunaler Dienststellen bei Kriegsende. Die zentrale Verwaltung hatte wichtige administrative Kompetenzen an untere Behörden abgeben müssen. Die sieben Dresdner Bezirksverwaltungen fungierten anstelle des Rathauses als Ersatzinstanzen, die fast bis zu dem Zeitpunkt funktionierten, an dem die sowjetischen Truppen einmarschierten. Mit dem Nahen der Roten Armee besetzten „Antifa-Komitees“ zahlreiche periphere Verwaltungsdienststellen.¹⁷ Die Lage verlangte Spontaneität, um das Chaos abzuwenden und die Grundversorgung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Die ersten, relativ autochthonen Gruppierungen entstanden nach der Flucht nationalsozialistischer Amtsinhaber. Um Plünderern Einhalt zu gebieten, verbündeten sich mitunter Angehörige von Komitees mit der Polizei und veranlaßten deren Eingreifen.¹⁸ Wo dies nicht geschah, fanden die zurückgekehrten Verwaltungsangestellten oft verwüstete Büros und aufgebrochene Schränke vor.¹⁹

Berichte über Widerstandsaktionen finden sich ausschließlich in persönlichen Aufzeichnungen Beteiligter. Der dem Arzt und Wissenschaftler Dr. Rainer Fetscher zugeschriebene Versuch, Dresden an die Rote Armee zu übergeben, konnte in den Quellen nicht nachgewiesen werden. Die Überlieferung ist nicht authentisch und in sich widersprüchlich: Fetscher soll bei dem Versuch der Kontaktaufnahme mit der Roten Armee

16 Vgl. zur Situation in Leipzig Schmollinger, Horst W.: Das Bezirkskomitee Freies Deutschland in Leipzig. In: Niethammer, Lutz/Borsdorf, Ulrich/Brandt, Peter (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Wuppertal 1976, S. 219-251; Michelmann (Aktivisten, S. 127-167) beschreibt die Entwicklung in Dresden, stützt sich dabei aber neben den Erinnerungen Erich Glasers hauptsächlich auf einen Bericht vom 16. Mai 1945 an sowjetische Dienststellen aus der Feder Anton Ackermanns, dessen Interpretation sie weitgehend unreflektiert übernimmt.

17 Vgl. Bericht der Bezirksverwaltung III, 2.6.1945, SächsHStAD, SED-BL Dresden, Bestand Aktions- und Arbeitsgemeinschaft der KPD/SPD II/A/1.006, unpag.; 13. Stadtbezirk, Bericht über die Tätigkeit in der Zeit vom 7.5. bis 31.5.1945, 31.5.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung I 72, unpag.

18 Vgl. Bericht des 15. Stadtbezirks, 20.7.1949, StadtAD, Dezernat Innere Verwaltung 30, Bl. 4819 f.

19 Vgl. Bericht des Leiters des 9. Stadtbezirks, 14.5.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung III 10, unpag.

am 8. Mai von SS-Leuten ermordet worden sein. Auf dem Weg durch die Stadt beschossen ihn allerdings auch sowjetische Soldaten, und in der unübersichtlichen Situation könnte der tödliche Schuß ihren Waffen entstammen. Am Nachmittag des 7. Mai 1945 rückten die sowjetischen Truppen in die auf der Neustädter Elbseite gelegenen Wohngebiete vor und näherten sich gegen Abend dem Stadtzentrum. Wehrmächtsangehörige hatten Panzersperren errichtet und sprengten die Brücken. In der Nacht überquerten sowjetische Einheiten den Fluß, wobei es zu Gefechten kam. Nach Artilleriebeschuß besetzte die Rote Armee am 8. Mai die restlichen Stadtteile.²⁰

Obwohl deutsche Antifaschisten ihre Eigenständigkeit betonten, bestimmten von nun an sowjetische Offiziere weitgehend die Organisationsformen der „Antifa-Komitees“. Entweder traten die Mitglieder der Ausschüsse während des Konstituierungsprozesses von sich aus mit der Besatzungsmacht in Verbindung,²¹ oder Offiziere verlangten, „alle Kommunisten zusammenzurufen“, um einen „antifaschistischen Ausschuß“ zu gründen.²² Die Entwicklung folgte weitgehend einem einheitlichen Muster: „Sofort nach dem Einzug der Roten Armee traten die Antifaschisten von Rochwitz und Loschwitz zur Bildung des Ortsverwaltungsausschusses zusammen und belegten die Räume der ehemaligen Verwaltungsstelle der ehemaligen NSDAP.“ Das Vorgehen verweist auf vorangegangene Absprachen. „Die Aufnahme von Verbindungen zur Ortskommandantur der Roten Armee erschien dem [...] Ausschuß als besonders wichtig.“ Rasch wurde ein Sicherheitsdienst aufgestellt. Dessen Aufgaben waren die „Feststellung der ortsansässigen Parteimitglieder der NSDAP“, die „Sicherstellung der im Ort liegenden Waffen und ihre Übergabe an die Rote Armee“ sowie die „Einrichtung eines ständigen Wachdienstes“.²³

Das Machtvakuum erforderte umsichtiges Handeln der Akteure, dazu gehörte die Abstimmung mit der Roten Armee ebenso wie die Aufstellung von Wachpersonal. Unter Berufung auf die Autorität der Besatzungsmacht wurden Nationalsozialisten registriert und Waffen eingesammelt. Die ambitionierte Zielstrebigkeit verrät die Zuversicht, mit sowjetischer Unterstützung die alten Amtsinhaber abzulösen. In vielen Stadtbezirken organisierten hauptsächlich Aktivisten der bislang verbotenen Arbeiterbewegung Erfordernisse des Alltags, vornehmlich die Lebensmittelversorgung. Sie verteilten die „in den Amtsstellen der NSDAP vorgefundenen Lebensmittel an die Einwohner unter Berücksichtigung besonders Bedürftiger, insbesondere Ausgebombter“. Sie bemühten sich um die „Sicherstellung der Milchversorgung für Kleinstkinder durch Aufnahme von Beziehungen zu den benachbarten Ortschaften“,²⁴ um die Lebensmittelkarten, um die Verteilung von Nahrung, die Quartierbeschaffung, die Beräumung der Straßen, die Erfassung von Betrieben, die Gesundheits- und Sozialfürsorge und vieles mehr. Die Zer-

20 Vgl. Widera, Dresden 1945-1948, S. 53 ff.

21 Vgl. Bericht über die Tätigkeit der bisherigen Bezirksbürgermeisterei Trachau-Trachenberge, 1.6.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung I 72, Bl. 208; Bericht der Bezirksverwaltung VI, 1.6.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung VI FI 17 Bd. I, Bl. 36; Bericht des Ernährungsamtes der Bezirksverwaltung I, 5.7.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung I 19, unpag.

22 Bräuer, Alfred: Im Antifaschistischen Ausschuß arbeiteten wir eng zusammen. In: Wenn wir brüderlich uns einen. Der Kampf um die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Dresden. Hrsg. vom Museum für Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung. Dresden 1961, S. 87 f.

23 Bericht der Kommunalen Hilfsstelle Rochwitz-Loschwitz, 30.5.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung I 10, Bl. 30.

24 Ebd.

störungen erschwerten eine Normalisierung; teilweise kamen die Arbeiten nur schleppend und verzögert in Gang.²⁵

Dezentrale Komitees und Ausschüsse kompensierten die im Mai 1945 stark eingegengten Handlungsspielräume der städtischen Administration, widersetzten sich aber einer Eingliederung in die sich reorganisierenden Verwaltungsstrukturen. Manche Dienststellen arbeiteten auf Anweisung der Komitees, die zentrale Verwaltung bemühte sich um die Einbindung der Ausschüsse; zwischen eingesetzten Bezirksbürgermeistern und Leitern der Komitees gab es wiederholt Spannungen.²⁶ An vielen Initiativen waren ehemalige Mitglieder und Anhänger bürgerlich-liberaler Parteien beteiligt, vereinzelt finden sich Hinweise zur Mitarbeit von Nationalsozialisten.²⁷ Partiiell begannen radikale Kommunisten „auf ein freies, sozialistisches Deutschland“ hinzuarbeiten; sie zielten auf eine bolschewistische Revolution, auf eine „Diktatur des Proletariats“ oder auf die Gründung einer deutschen Sowjetrepublik.²⁸ Neben solchen Plattformen für radikalrevolutionäre Ansichten standen Ausschüsse mit der Bezeichnung Vereinigung „Freies Deutschland“,²⁹ die sich an den Radiobotschaften der Moskauer KPD-Führung orientiert hatten.

Sofortmaßnahmen konnten kurzzeitig dringendste Bedürfnisse erfüllen und nicht die langfristige Versorgung aller bewerkstelligen. Mancher Ernährungsausschuß überbrückte lediglich die „Brotversorgung bis zum Einsetzen der Lieferungen durch die Rote Armee“.³⁰ Eine verlässliche Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht war unumgänglich, doch häufiger wurde über Probleme mit den Soldaten der Roten Armee berichtet.³¹ Besatzungsoffiziere orientierten sich an allgemeinen Befehlen und handelten in Ermanglung ausführlicher Instruktionen nach eigenem Ermessen.³² Ihre Machtbefugnisse überschritten sich vielfach, und sie behinderten sich gegenseitig. Ilja I. Spiridonow, seit August 1945 Stadtkommandant von Dresden, bestätigte, daß zunächst nach Gründung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) am 9. Juni 1945 noch keine abgestimmten Vorgaben existierten.³³

Den KPD-Mitgliedern ging es nicht nur um die Ausschaltung der früheren Machthaber in der Verwaltung. Von Anbeginn hatten „alle Genossen ihre höchste Aufgabe darin“

25 Vgl. Bericht der kommunalen Hilfsstelle Dresden-Wachwitz, 29.5.1945, StadtAD, Dezernat Oberbürgermeister 305, unpag.

26 Vgl. Widera: Dresden 1945-1948, S. 79 f.

27 Vgl. Schreiben Johannstädter Einwohner an den Oberbürgermeister, 30.5.1945, StadtAD, Dezernat Innere Verwaltung 1, Bl. 60; Lebenslauf Alfred T., o.D., StadtAD, Dezernat Innere Verwaltung 100, Bl. 7.

28 Bericht des 9. Stadtbezirks, 8.6.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung III 10, unpag.; vgl. Naimark: Russen, S. 298-319.

29 Bericht der Bezirksverwaltung II, 6.6.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung I 10, Bl. 39-42.

30 Bericht der Kommunalen Hilfsstelle Rochwitz-Loschwitz, 30.5.1945, ebd., Bl. 30.

31 Vgl. Bericht über die Tätigkeit der bisherigen Bezirksbürgermeisterei Trachau-Trachenberge, 1.6.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung I 72, Bl. 208-212.

32 Vgl. Gräfe/Wehner: Hilfe der sowjetischen Militärorgane, S. 220 f.; Zur Arbeit der Enquete-Kommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“. Anträge, Debatten, Berichte. Hrsg. vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Bd. I, 2. Aufl., Schwerin 1996, S. 173; Michelmann: Aktivisten, S. 129 f.; Naimark: Russen, S. 299.

33 Vgl. Spiridonow, Ilja I.: Erinnerungen an meine Tätigkeit in Dresden. In: Wehner, Helfried (Hrsg.): In Dresden 1945. Beiträge ehemaliger Offiziere der Sowjetarmee über ihre Tätigkeit in Dresden nach der Befreiung der Stadt vom Faschismus. Dresden 1970, S. 23-33, hier: S. 27; vgl. Foitzik: Militäradministration, S. 82 f.

gesehen, „sofort mit dem Aufbau der Straßenzellen, Blocks und Vertrauensleute zu beginnen“.³⁴ Doch erst der SMAD-Befehl Nr. 2 ermöglichte ihnen die Ausweitung und Intensivierung ihrer Aktivitäten entsprechend den Weisungen der Parteiführung:³⁵ „Der ganze Apparat muß politisch durchgearbeitet werden, was in besonderen Besprechungen mit den Blockleitern der jeweiligen Zelle geschehen wird.“ Offensiv führten sie Versammlungen in den Betrieben durch und bereiteten Ausschußwahlen vor, auch Jugend- und Frauenorganisationen entstanden.³⁶ Parallel zur Reorganisation der Parteistrukturen in den Betrieben stellten sie den Betriebsleitern oder Eigentümern Arbeiterräte zur Seite.³⁷

Aktivisten mit Sozialisierungsabsichten zielten auf eine „Arbeiterratsbewegung“ und auf die radikale Enteignung nationalsozialistischer Betriebsinhaber. Im Mai 1945 gingen im Dresdner Westen vom „Komitee Freies Deutschland Hohenzollerstraße“ Versuche aus, in allen Fabriken des Stadtteils Betriebsräte und kommissarische Verwaltungen zu organisieren, Nationalsozialisten aus leitenden Positionen zu entfernen und die vorhandenen Produktionskapazitäten zu erfassen.³⁸ Den Arbeitern wurde in Anwesenheit sowjetischer Offiziere erklärt, sie sollten Betriebsräte bilden und vorerst unter den bisherigen Betriebsleitern weiterarbeiten, damit diese „erst mal ihren Saustall und das Chaos, für das sie mitverantwortlich sind,“ ordneten. Das Vorgehen stieß jedoch auf Ablehnung. Der Wortführer mußte die Arbeiter zur Aufstellung von Betriebsräten überreden: Er habe „sie gefragt, ob sie gemäßregelt [worden seien] oder gar solche aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern entlassene Kollegen haben und wenn nicht, dann nach anderen Antifaschistischen-Kollegen [sic!], die man zum Arbeiterrat einsetzen kann. Dann wird gewöhnlich eine Betriebsversammlung einberufen, eine Ansprache gehalten, je nach dem, [wie] die vorherige Orientierung ausgefallen war. Entweder bissel gepoltet oder auch mal bissel human und dann kommissarisch den Arbeiterrat, respektiv Vertrauensmann eingesetzt.“³⁹

Viele nutzten das aus der Kooperation mit der Roten Armee resultierende Drohpotential. Der spätere Dresdner Oberbürgermeister Walter Weidauer berichtete über erpresserische Methoden des von ihm geleiteten Strehleiner „Antifa-Komitees“: „Wir beschloßen einen Aufruf, der all den Bürgern völlige Straffreiheit zusicherte, die am Montag, den 14.5. in den Vormittagsstunden alles, was ‚aus dem Luftgaukommando geholt worden ist‘ an einer bestimmten Stelle wieder abliefern. Ansonsten drohten wir ‚strenge Strafen‘ an. Die ‚strengen Strafen‘ waren genau genommen ein Bluff, weil wir als Antifa-Ausschuß nicht die Spur von Recht besaßen, um etwa Haftstrafen zu verhängen oder gar zu vollziehen. [...] Bei zwei anderen Familien, die kleine Mengen geholt [hatten], aber sofort herausrückten, wurden die Frauen – und soweit ich mich erinnere – auch eine Tochter zum Küchendienst im ‚Königshof‘ verpflichtet. Bei der fünften Familie, die Lebensmittel säckeweise gestohlen und mit einem Wagen nach Hause geschleppt hatte, überfiel die Frau unsere beiden Beauftragten mit einer wüsten Schimpf-

34 Bericht über die Tätigkeit der bisherigen Bezirksbürgermeisterei Trachau-Trachenberge, 1.6.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung I 72, Bl. 208.

35 Vgl. Schmeitzner/Donth: Partei der Diktaturdurchsetzung, S. 81-84.

36 Bericht über die Tätigkeit der Kommunalen Hilfsstelle Trachau vom 8.-18.6.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung I 72, Bl. 167 f.

37 Vgl. Belegschaftsvertreter der Seidel & Naumann AG auf einer Tagung der KPD Sachsen, o.D. [Ende 1945], SAPMO-BArch, NY 4182, Bd. 855, Bl. 66).

38 Richtlinie zur Bildung von Betriebsräten, o. D. [Juni oder Juli 1945], SächsHStAD, SED-BPA Dresden, I/A/031, unpag.; Bericht der Abteilung Betriebe, 7.6.1945, ebd., unpag.

39 Richtlinie zur Bildung von Betriebsräten, o. D. [Juni oder Juli 1945], ebd., unpag.

kanonade. Daraufhin gab es eine, zunächst nicht beabsichtigte, gründliche Durchsuchung der Wohnung. Im Keller fanden sie unverhofft außerdem eine große Menge weiterer Lebensmittel. Da war alles da. Von Fett- und Fleischbüchsen bis zur Schokolade, ein reiches Sortiment. Der größte Teil dieser Vorräte wurde beschlagnahmt.“ Weidauer zufolge ließen sich die Strehleiner Einwohner aus Angst vor einer drohenden Deportation schikanieren; sie hatten geglaubt, das „Antifa-Komitee“ handle „im Auftrage der sowjetischen Kommandantur“.⁴⁰

Die Divergenzen zwischen Verwaltung und „Antifa-Ausschüssen“ waren demnach komplexer Natur und bestanden nicht nur in den Reibungsverlusten bei der Reorganisation der Verwaltungsinstanzen. Revolutionäre Ambitionen mußte die KPD-Führung kanalisieren und die kriminelle Grauzone eliminieren, um die schwer kontrollierbare Situation in den Griff zu bekommen. Andernfalls riskierte sie ihren Herrschaftsanspruch. Sie durfte außerdem die Besatzungsmacht nicht brüskieren, die sich mit Rücksicht auf die westlichen Alliierten bemühte, gesamtdeutsche Optionen offenzuhalten. Die unkontrollierten Aktivitäten unterminierten den Alleinvertretungsanspruch der Moskauer Exilkommunisten. Wenn es ihnen nicht gelang, sich an die Spitze aller Bestrebungen des Neubeginns zu setzen, sich Anerkennung zu verschaffen und alle Kräfte ihrem Gestaltungskonzept unterzuordnen, nicht zuletzt auch die Vertreter der Besatzungsmacht von ihrem Führungspotential zu überzeugen, hätten sie das Ringen um die Herrschaft verloren.

Polizeiaufbau und „Antifa-Ausschüsse“

Die Aufstellung deutscher Polizeikräfte beruhte auf einer diesbezüglich sehr allgemein gehaltenen Anordnung der Politischen Verwaltung und des Kriegsrats der 1. Ukrainischen Front vom 13. Mai 1945 über die Bildung deutscher Verwaltungen.⁴¹ Generell signalisierte das Ausmaß an Plünderungen, Diebstählen und Überfällen ein beträchtliches Sicherheitsdefizit, und der Dresdner Oberbürgermeister ersuchte erfolglos die sowjetische Kommandantur, die Bevölkerung zu schützen.⁴² Die Umstände setzten die Führung der KPD unter Handlungsdruck, von ihr ging die treibende Kraft aus. Entscheidungen der Besatzungsmacht wartete sie nicht länger ab, sondern organisierte die ersten Polizeistrukturen. Nach einem internen Aufruf an die Genossen, „unverzüglich eine uniformierte Polizei“ aufzustellen, habe sie bereits am 25. Mai die Arbeit aufgenommen,⁴³ berichtete der erste Dresdner Polizeipräsident und nachmalige Chef der Präsidialkanzlei und Staatssekretär beim Präsidenten der DDR, Max Opitz.

Aus den Quellen wird die enge personelle Verzahnung von Polizei und „Antifa-Ausschüssen“ ersichtlich, die Aktivitäten viele ihrer Mitglieder zielten auf die Übernahme von Polizeibefugnissen. Schon bald nach Kriegsende rief ein nicht näher bezeichnetes „Antifa-Komitee Dresden“ dazu auf, „geeignete Genossen“ in die Polizeire-

40 Erinnerungen Walter Weidauer, Kap. 13, S. 3 ff., SächsHStAD, SED-BL Dresden V/2.052.054, unpag.

41 Vgl. Foitzik: Militäradministration, S. 331 ff.

42 Anweisung von Oberbürgermeister Friedrichs, 22.5.1945, StadtAD, Dezernat Oberbürgermeister 1, Bl. 22.

43 Ackermann, Anton: Rededisposition für die Versammlung von Antifaschisten – Aktivisten der ersten Stunde – in der Bautzner Straße, Dresden 21. Mai 1945, ausgefertigt am 6.12.1965, SAPMO-BArch, NY 4109, Bd. 10, Bl. 34; Bericht des Polizeipräsidenten über die Neugründung des Polizeiapparates, 17.8.1945, SächsHStAD, LBdVP 367, unpag.; vgl. Dresdner Polizei 1945-1946, SächsHStAD, LBdVP 359, unpag., hier: S. 22 f.).

viere zu beordern: „An alle Zellenleiter! Betr. Neuerrichtung einer Stadtpolizei. In Dresden wird neben der vorläufigen Wiedereinsetzung der unteren Polizeiorgane der Aufbau einer Stadtpolizei aus Antifaschisten geplant. Am Freitag, den 18. Mai ab 14 Uhr muß dazu jede Stadtbezirkzelle drei für diese Aufgaben geeignete Genossen, d. h. Kriminell-Unbestrafte zum Stadthaus [...] mit beiliegender noch auszufüllender Bescheinigung entsenden.“⁴⁴ Hinter diesen und anderen Vorschlägen zum Schutz der Bevölkerung standen weiterreichende Ambitionen.

„Sicherheitsdienste“ einiger „Antifa-Komitees“ registrierten Mitglieder der NSDAP und suchten Vorwände zur Überprüfung sämtlicher Einwohner: „Eine gleichmäßige Heranziehung zu den im Ortsbereich anfallenden Arbeiten, die auch eine Befriedung [sic!] der durch die Besatzungsarmee angeforderten Arbeitskräfte umfaßt, machte es notwendig, einen Fragebogen in Umlauf zu setzen, der als Grundlage für eine anzulegende Kartei dienen soll und der gleichzeitig eine lückenlose Überprüfung der Zugehörigkeit zur NSDAP und ihrer Gliederungen garantiert.“⁴⁵ Hier gingen Pragmatismus und die Absicht, später noch verwertbare Informationen zu erheben, eine Symbiose ein. Zur Erfassung der arbeitsfähigen Bevölkerung hätten die Lebensmittelkartenlisten ausgereicht. Allerdings ließen sich die ehrgeizigen Ziele des „Antifa-Komitees“ vorerst nicht verwirklichen.

Unter Zustimmung des Dresdner Stadtkommandanten⁴⁶ begann der am 14. Juni 1945 eingesetzte Kommandeur der Ordnungspolizei, die in einem rechtsfreien Raum agierenden Polizeistellen der Weisungsbefugnis der Bezirksverwaltungen zu entziehen und seiner Befehlsgewalt zu unterstellen. Er wies die Revierleiter an, mit den städtischen Verwaltungsstellen zusammenzuarbeiten, bedeutete ihnen aber, daß die Reviere allein der Kommandantur der Ordnungspolizei unterstünden. Weiter betonte er die Notwendigkeit, umgehend „alle antifaschistischen Ausschüsse und sonstige nicht gesetzmäßigen Organisationen entweder in die rechtmäßigen Verwaltungsorgane“ einzugliedern oder sie aufzulösen.⁴⁷ Offensichtlich waren die Bemühungen zur Einbindung der autonomen Gruppen in die Verwaltung und die Disziplinierungsversuche der Koordinierungszentrale zuvor nicht erfolgreich gewesen.

Auch die Reichweite dieser Anweisungen blieb begrenzt. Klagen der Leiter von Polizeirevieren über illegale Hausdurchsuchungen und Festnahmen verwiesen auf andauernde Akzeptanzschwierigkeiten. Es sei „nicht statthaft, daß Personen von anderen Dienststellen mit derartigen Aufgaben, ohne Einvernehmen der zuständigen Polizei, beauftragt werden. In Zukunft werden die Ausführenden festgenommen und der Auftraggeber zur Verantwortung gezogen.“⁴⁸ Die Drohung verdeutlicht den fehlenden Respekt. Es gelang vorerst weder der von Matern eingerichteten Zentrale noch der Polizei, die Eigenmächtigkeiten verschiedener Akteure in Hilfsstellen und Ausschüssen zu unterbinden. Viele wehrten sich, auch der Leiter des „Kommissarischen Außendienstes“ der zentralen Dresdner Stadtverwaltung. Er hatte im Mai 1945 die Abteilung zur „Liquidation aller NS-Organisationen“ in der Hoffnung aufgebaut, politische Polizeifunktionen zu bündeln. Zu dem Zweck sollte zwar die „Öffentlichkeit von ihrer Existenz

44 Schreiben des Antifa-Komitees Dresden, 17.5.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung III 52, unpag.

45 Bericht der Kommunalen Hilfsstelle Rochwitz-Loschwitz, 30.5.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung I 10, Bl. 30 f.

46 Vgl. Michelmann: Aktivisten, S. 152; Spors: Aufbau des Sicherheitsapparates, S. 77 f.

47 Rundschreiben 1/1945 der Kommandantur der Ordnungspolizei Dresden, 14.6.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung III 52, unpag.

48 10. Polizeirevier an die Bezirksverwaltung III, 26.6.1945, ebd., unpag.

wissen“, nichts aber über den „Umfang der Arbeit und die ausführenden Personen“. Er beabsichtigte, seine Mitarbeiter und die von ihnen zusammengetragenen Informationen „später der Politischen Polizei zur Verfügung“ zu stellen.⁴⁹ Nach Gründung der Polizei versuchte er erfolglos, seine Eingliederung in den Polizeidienst zu erreichen.⁵⁰

Das innerhalb eines Zeitraums von fünf Wochen seit Kriegsende entstandene Netzwerk der Gruppen ließ sich nicht einfach ausschalten, der Polizeichef mußte sich um Integration bemühen. Darum griff er bei der Aufstellung der ersten fünfhundert regulären Polizisten auf Personen aus den „Antifa-Ausschüssen“ zurück. Deren Übernahme in den Polizeidienst erfolgte, „ohne zunächst im einzelnen ernsthaft nachprüfen zu können, wie weit sie auch moralische Qualitäten für den Dienst mitbrachten“, sondern „ausschließlich unter dem Gesichtspunkt einer antifaschistischen Gesinnung und Tätigkeit“. Diese überstürzte Einstellungspraxis führte dazu, daß sich Personen „eingeschlichen“ hatten, die unverzüglich „aus dem Dienst entfernt“ werden mußten.⁵¹ Infolge fehlender Möglichkeiten zur Überprüfung von Aussagen konnten ehemalige Strafgefangene oder Lagerhäftlinge, die politische Gründe für die Verhaftung angaben, mit einer Einstellung bei der Polizei rechnen. Das verschwieg Opitz dem sowjetischen Stadtkommandanten: „Die Polizeibeamten der Ordnungspolizei im besonderen sowie auch der größte Teil der Kriminalbeamten waren Arbeiter oder ehemalige Kriegsgefangene, die in den Frontschulen der SU [Sowjetunion] umgeschult wurden“, behauptete er.⁵² Richtig daran ist, daß der vollständige Neuaufbau der Polizei unter Rückgriff auf einen fachfremden Personenkreis erfolgte. Nur wenige Angehörige des alten Polizeiapparates wurden übernommen.

Schritt für Schritt gelang es, die städtische Verwaltungs- und Polizeihoheit gegenüber den „Antifa-Ausschüssen“ durchzusetzen. Das Verbot der Ausübung von Polizeibefugnissen entzog ihren Aktivitäten allmählich die Grundlagen. Neben der Polizei hatten die von der Koordinierungs- und Kontrollstelle in der Bautzner Straße eingesetzten Parteifunktionäre in den Stadtbezirken daran gleichermaßen Anteil. Sie suchten die Komitees auf und offerierten den Aktivisten die Übernahme in den Verwaltungsdienst; das kam denjenigen entgegen, die in einer Anstellung bei der Dresdner Stadtverwaltung eine Chance für sozialen Aufstieg sahen. Im Zusammenhang mit der Vermittlung dieser Arbeitskräfte holte das Büro in der Bautzner Straße Erkundigungen bei den lokalen „Antifa-Komitees“ ein.⁵³ Anfragen und Bewerbungen wurden gesammelt an das Personalamt der Stadtverwaltung weitergeleitet. So gelangten die Angaben direkt auf den Schriftführer Hermann Materns,⁵⁴ und die KPD-Unterbezirksleitung Dresden nutzte die eingerichteten Informationskanäle zur Überprüfung der Mitarbeiter.⁵⁵ Die Ausschaltung der

49 Bekanntmachung des Kommissarischen Außendienstes der Stadt Dresden, 29.5.1945, StadtAD, Dezernat Innere Verwaltung 4, Bl. 385.

50 Vgl. Schmeitzner: Formierung, S. 209 ff.

51 Bericht über den Aufbau und die Arbeit der Polizei der Landeshauptstadt Dresden vom Mai bis Oktober 1945 (Sonderstelle der Kriminalpolizei), 18.11.1945, SächsHStAD, LBdVP 359, unpag.

52 Polizeipräsident Opitz an Stadtkommandant Dobrowsky, 26.7.1945, SächsHStAD, LBdVP 367, unpag.

53 Vgl. Schreiben der Kommunalen Hilfsstelle Bautzner Straße an die Kommunale Hilfsstelle Reick, 22.6.1945, StadtAD, Dezernat Innere Verwaltung 100, Bl. 3.

54 Vgl. Schreiben der Kommunalen Hilfsstelle Bautzner Straße an Stadtrat Matern, 15.6.1945, ebd., Bl. 76 f.

55 Vgl. Rat der Stadt Dresden, Schreiben des Personalamtes an die KPD-UB Dresden, 3.9.1945, ebd., Bl. 50.

Komitees ging ohne spektakuläre Aktionen vonstatten, da sich der Polizeiapparat fest in der Hand der KPD-Führung befand.

„Die aktivsten Kräfte aus den Reihen der Antifaschisten“ hätten „aus einem Nichts mit vollkommen neuen Menschen“ ohne polizeiliche Fachkenntnis die Polizei neu aufgebaut.⁵⁶ Denkschablonen aus der revolutionären Tradition der Arbeiterbewegung prägten die Vorstellungen der KPD-Funktionäre und gingen in die Überlieferung ein. Das größte Problem war in ihren Augen nicht die fachliche Unkenntnis der Aktivisten, sondern deren ideologische Disziplinlosigkeit. Weidauer, der sich wenige Wochen zuvor noch selbst vehement der Auflösungsforderung widersetzt hatte,⁵⁷ inzwischen durch Protektion Materns Bürgermeister und im Dresdner Rathaus zuständig für Personalfragen, drohte den „undisziplinierten Aktivisten“, die in den Ausschüssen ein „revolutionäres Reiterleben“ führten, und verlangte die Unterwerfung unter die Parteilinie: „Wir brauchen führende antifaschistische Kräfte, eine antifaschistische Einstellung eines jeden einzelnen.“⁵⁸

Grundlagen für die Errichtung der Polizeiherrschaft

Die Dresdner Polizeiführung stellte mehrheitlich kommunistische Parteimitglieder ein. Im November 1945 waren von 1 106 Ordnungspolizisten 587 Kommunisten, 182 Sozialdemokraten und 337 parteilose Polizisten. Im Gesamtbestand (ohne Feuerwehr und Kriminalpolizei) mit 1 478 Polizeiangehörigen lag der Anteil der KPD-Mitglieder bei 48,6 Prozent, derjenige der SPD-Mitglieder bei 15,7 Prozent.⁵⁹ Bis zum Jahresende verschoben sich die Relationen weiter zugunsten der KPD: Der Bestand der Ordnungspolizei wuchs auf 1 286 Personen an, der Anteil parteiloser Polizisten hingegen schrumpfte auf 241; 756 gehörten jetzt der KPD an und 288 der SPD. In der gesamten Dresdner Polizei fand sich lediglich ein Mitglied der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und eines der Liberaldemokratischen Partei (LDP).⁶⁰ Die KPD-Funktionäre drängten Sozialdemokraten systematisch aus der Ordnungspolizei in die Feuerwehr.⁶¹ Aufgrund der Personalpolitik entwickelte sich die Polizei in Dresden zum kommunistischen Herrschaftsinstrument.

Der Umstand, daß die deutsche Polizei sich überwiegend aus Kommunisten rekrutierte, bildete gemeinsam mit den sowjetischen Hoheitsrechten eine entscheidende Voraussetzung für die besondere Rolle der Polizei als Grundlage für die Durchsetzung der kommunistischen Parteiherrschaft. Die Kommunisten arbeiteten nicht nur „im Einvernehmen mit der GPU“⁶² – sie unterstanden dem sowjetischen Geheimdienst, der Militärg-

56 Dresdner Polizei 1945-1946, SächsHStAD, LBdVP 359, unpag., hier: S. 12).

57 Vgl. Erinnerungen Walter Weidauer, Kap. 13, S. 8, SächsHStAD, SED-BL Dresden V/2.052.054, unpag.

58 Rede Weidauers über die politischen Aufgaben der Angestellten und Beamten des Wohnungsamtes auf der 2. Arbeitstagung des Wohnungsamtes der Stadt Dresden am 15.7.1945, 21.7.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung III 5, unpag.

59 Vgl. Bericht über den Aufbau und die Arbeit der Polizei der Landeshauptstadt Dresden vom Mai bis Oktober 1945 (Bericht der Personalabteilung mit Stand vom 3.11.1945), 18.11.1945, SächsHStAD, LBdVP 11, unpag.

60 Vgl. Parteizugehörigkeit mit Stand vom 31.12.1945, 4.1.1946, SächsHStAD, LBdVP 370, unpag.

61 Vgl. Schreiben des Polizeipräsidenten an Weidauer, 18.1.1946, StadtAD, Dezernat Oberbürgermeister 322, Bl. 99.

62 Bericht der Geschäftsstelle Sebnitzer Strasse an den Polizeikommandanten Vogt, 3.6.1945, StadtAD, Dezernat OB 56, Bl. 72); häufig wurde die Abkürzung GPU (Gosudarstvennoe političeskoe

richtbarkeit sowie einer „Inspektion der Kommandanturen im Bundesland Sachsen“.⁶³ Bekräftigt wurde diese Unterstellung durch die Institution der Verbindungsoffiziere. Die gesamte Polizei stand unter der Weisungsbefugnis der sowjetischen Geheimpolizei. In Dresden koordinierte der Verbindungsoffizier Helmut Gennys⁶⁴ ihre Tätigkeit. Er hatte gemeinsam mit weiteren deutschen Kommunisten, unter ihnen Wolfgang Leonhard, die Kominternschule absolviert und Dresden mit einer zweiten Gruppe der Moskauer-Kader Ende Mai 1945 erreicht.⁶⁵ Verantwortlich für die „Gewährleistung des Zusammenwirkens der Kriminalpolizei mit den Besatzungsbehörden, die Sichtung und Übersetzung von Aktenmaterial über Naziverbrecher, das von den Besatzungsbehörden angefordert wurde“, und für die „Durchführung von Kontrollen in den Außenstellen“, nahm er außerdem an „Aktionen gegen Nationalsozialisten, an kriminalpolizeilichen Erörterungen und an verschiedenen Sondereinsätzen als Beauftragter des Polizeipräsidenten“ teil. Er verfügte über außerordentliche Kompetenzen und sicherte den sowjetischen Einfluß. Unerheblich ist, ob Gennys direkt im Dienst der sowjetischen Geheimpolizei stand oder auf welcher Basis er mit ihr zusammenarbeitete, er handelte in allen Fragen nicht ohne Anweisung. Die Doppelunterstellung des Verbindungsoffiziers richtete die Strukturen der deutschen Polizei unmittelbar auf die sowjetischen Interessen aus, seine regelmäßige Teilnahme an „Besprechungen und Verhandlungen mit verantwortlichen Offizieren der Roten Armee“ garantierte die sowjetische Hegemonie.⁶⁶

Die erweiterten Zugriffsmöglichkeiten der sowjetischen Militär- und Geheimdienststellen auf die Bevölkerung gaben den Ausschlag für den intensiven Ausbau der deutschen Polizei. Sie verhaftete im Auftrag verschiedener sowjetischer Behörden, nicht nur des Geheimdienstes, anhand angefertigter Listen nationalsozialistische Funktionsträger. Hinweise aus den wenigen erhaltenen Unterlagen sprechen für flächendeckende Verhaftungsaktionen.⁶⁷ Allein an zwei Tagen im August nahmen die Polizisten des 20. Reviers 24 Männer und eine Frau fest. Bis auf zwei Personen hatten sie alle der NSDAP, einige der SA oder der SS angehört. Einer der 25 war ein Kreisredner und ein anderer ein Politischer Leiter der Partei, zwei waren Ortsgruppenleiter, drei Blockleiter und die

upravlenie – Staatliche politische Verwaltung) oder die Bezeichnung NKWD (Narodnyi komissariat vnutrennich del – Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der UdSSR) synonym für die nicht innerhalb der Armeestrukturen arbeitenden Offiziere des sowjetischen Innenministeriums bzw. des Staatssicherheitsdienstes verwendet, vgl. Finn, Gerhard: Die Speziallager der sowjetischen Besatzungsmacht 1945 bis 1950. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. IV: Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat. Frankfurt a.M. 1995, S. 337-397, Anm. 6.

63 2. Polizeikonferenz der sächsischen Polizei, 27.11.1945, SächsHStAD, LBdVP 9, Bl. 85-166; Naimark: Russen, S. 416.

64 Vgl. die biographische Skizze von Wolf, Markus: Freunde sterben nicht. Erinnerungen an Weggefährten. München 2004, S. 70-104; der die „Kunst der Verstellung“ virtuos beherrschende ehemalige MfS-General und stellvertretende Minister für Staatssicherheit der DDR präsentiert allerdings kaum empirische Informationen über seinen Freund Helmut Gennys und kleidet sein Bemühen um verlogene Verharmlosungen der Vergangenheit in euphemistische Beteuerungen: „Unsere Bücher mit den vermeintlich authentischen Erinnerungen lassen bei allem Bemühtsein um Ehrlichkeit den Standort des jeweiligen Autors vor der ‚Wende‘ unschwer erkennen. Es bleiben Zeugnisse von Zeitzeugen, die ihr eigenes Leben und dessen Werte nicht einfach über Bord werfen können“ (ebd., S. 96).

65 Vgl. Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln 1955, S. 234, 243; Schmeitzner: Formierung, S. 214, Anm. 57.

66 Dresdner Polizei 1945-1946, SächsHStAD, LBdVP 359, unpag., hier: S. 14 f.).

67 Vgl. Sammelbericht des Polizeipräsidiiums, 4.7.1945, SächsHStAD, LBdVP 369, unpag.

übrigen einfache Mitglieder gewesen. Bis auf einen SS-Hauptsturmführer handelte es sich bei diesen Inhaftierten nach den vorliegenden Informationen um weniger belastete Personen, worauf auch die sofortige Freilassung von vier dieser Verhafteten hinweist.⁶⁸ Die Internierungen unterlagen der generellen Geheimhaltung, und die Angehörigen der Inhaftierten erfuhren monate- und oft jahrelang nichts über deren Verbleib.⁶⁹ Anfang August wandte sich eine Frau an den Oberbürgermeister mit der Bitte um Hilfe. Ihr Mann war zwei Monate zuvor von sowjetischen Soldaten abgeholt worden, und sie hatte von ihm seitdem keine Nachricht.⁷⁰

Noch aber fehlte selbst den KPD-Mitgliedern im Polizeidienst das Verständnis für die wichtigsten „Fragen der Gegenwart“ und die „Aufgaben der Kommunisten“. Der Polizeipräsident erläuterte ihnen die Perspektive der Partei „unter dem Blickfeld der revolutionären Strategie“: „Wir befinden uns aber in einem Prozeß, wo wir Grundlagen der kapitalistischen Welt nicht nur unterminieren, sondern wo wir sie umbauen müssen, um unser Endziel, das heißt, das Ziel unserer Politik und damit das Ziel des Proletariats und des Volkes, erreichen zu können.“ Daher müsse die Polizei, im „Kampf gegen den Faschismus“ wachsam sein und überall, wo sich der „Klassenfeind“ im „Kapitalismus“ rege, zurückschlagen. Kommunisten sollten die Brücke zu jenen sozialdemokratischen Arbeitern beschreiten, die wie sie die „richtige Politik“ erkannt hätten, um gemeinsam mit ihnen im „Kampf gegen den Faschismus“ und die Feinde der Sowjetunion die bevorstehenden „grundlegenden Veränderungen im ökonomischen Unterbau“ in Angriff zu nehmen.⁷¹

Opitz vertrat die Überzeugung, nur in Verbindung mit politischem Wissen könne Fachwissen richtig vermittelt und angewendet werden, folglich müßten die politischen Maßstäbe den fachlichen vorangehen. Neben der Einstellungspraxis verweist der Schulungsplan auf die überaus wichtige Rolle der Politik innerhalb der Polizei. Das berufliche Qualifikationsprofil der neuen Kräfte, denen eine Fachausbildung fehlte, blieb mangelhaft und ihrer politischen Eignung nachgeordnet.⁷² Obwohl die ordnungs- und sicherheitspolizeiliche Problemlage in der unmittelbaren Nachkriegszeit dringend eine Professionalisierung verlangte, hielten Funktionäre der sächsischen Bezirksleitung der KPD „weltanschauliche Kurse“ und „Lektionen über die gegenwärtige politische Lage und über die Aufgaben der Antifaschisten“.⁷³

Die beispielhaften Organisationsstrukturen in Dresden wurden zum Vorbild für die Entwicklung in ganz Sachsen. Sich daran orientierend, entstanden in den anderen von der Roten Armee besetzten sächsischen Orten lokale Ordnungspolizeien. Eingegliedert in

68 Vgl. Ordnungspolizei Dresden, Liste der im Auftrag des NKWD vorläufig festgenommenen Personen, 24.8.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung VII G IX 2, unpag.

69 Vgl. Sitzungsprotokoll der verantwortlichen Polizeileiter, 11.10.1945, SächsHStAD, LBdVP 355, unpag.; vgl. Erler, Peter: Sozialdemokraten und die Internierungspraxis des NKWD/MWD in der Nachkriegszeit. In: Schroeder, Klaus (Hrsg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen. Berlin 1994, S. 71-84.

70 Vgl. Schreiben der Kommunalen Hilfsstelle Rochwitz-Loschwitz an den sowjetischen Stadtkommandanten, 19.6.1945, StadtAD, Dezernat OB 652, Bl. 167 f.

71 „Referat des Herrn Polizeipräsidenten zu der Betriebsversammlung am 19. Oktober 1945 über den Stand und die Aufgaben der Kommunisten“, 19.10.1945, StadtAD, Dezernat Oberbürgermeister 56, Bl. 3-9.

72 Vgl. Politische und fachliche Beurteilungen von Opitz, 20.12.1946, SächsHStAD, LBdVP 368, unpag.

73 Bericht des Polizeipräsidenten über die Neugründung des Polizeiapparates, 17.8.1945, SächsHStAD, LBdVP 367, unpag.; vgl. Schmeitzner: Formierung, S. 237 f.

den kommunalen Verwaltungssektor,⁷⁴ blieb die Polizei der sowjetischen Militärverwaltung unterstellt, um ehemalige Nationalsozialisten aufzuspüren und „unverbesserliche Nazi-Elemente, Saboteure und verbrecherische Spekulanten auszumerzen“.⁷⁵ Zur Sondierung der Stimmung unter der Bevölkerung entstanden Überwachungsstellen. Sie sollten die in Umlauf befindlichen Gerüchte in „nazistischen und reaktionären Kreisen“ beobachten und systematisch Informationen über die Meinung der Bevölkerung zu den Maßnahmen der deutschen wie der sowjetischen Verwaltungen sammeln.⁷⁶

Zahlreiche Schwierigkeiten gab es im Umgang mit den Besatzungsbehörden, vorrangig Sicherheitsprobleme, und sogar der Schutz der Polizisten war nicht gewährleistet. Häufig nur mit Knüppeln ausgestattet, konnten sie sich der Angriffe bewaffneter Krimineller oder marodierender Soldaten nicht erwehren. Überfälle endeten nicht selten tödlich.⁷⁷ In der Polizeistatistik zeichneten sich die Gewalttaten der Roten Armee deutlich ab, bei Vergewaltigungen nahmen sie Platz eins ein; und weil dies nicht dem kommunistischen Selbstbild entsprach, ordnete Opitz an: „Hinsichtlich der Vergewaltigungen stehen die Deutschen an erster Stelle, an 2. Stelle die Personen einer nicht festzustellenden Nationalität, an 3. Stelle die übrigen festgestellten Nationalitäten, Franzosen, Jugoslawen, Ungarn usw., an nächster Stelle die Polen, an letzter Stelle Soldaten in Armeekleidung der Roten Armee.“⁷⁸ Um die Spuren von Verbrechen zu verwischen, erfand der Polizeipräsident die Sprachregelung von „Soldaten in Armeekleidung der Roten Armee“, wobei ihm der Umstand, daß Kriminelle oft sowjetische Uniformen trugen, gelegen kam. Später fiel auch diese Angabe weg.⁷⁹ Unfähig, den Mißstand zu beseitigen, bemühte sich der Polizeipräsident darum, ihn zu vertuschen. Gezielte Desinformation und Auskunftsverweigerung gehörten zu den von der sowjetischen Geheimpolizei übernommenen Grundprinzipien. In dieser Lage schützte die Polizei die Bevölkerung kaum; die erst im Herbst vorgenommene Ausstattung von 158 Polizisten mit Karabinern und Pistolen schuf nur geringfügig Abhilfe.⁸⁰

„... wir schaffen das Recht“⁸¹

Die Mißachtung bürgerlicher Grundrechte durch kommunistische Polizeifunktionäre entsprach ihrem revolutionären Selbstverständnis. Unter ihrer Führung expandierte das

74 Vgl. Spors: Aufbau des Sicherheitsapparates, S. 55-58.

75 Rundschreiben 1/1945 der Kommandantur der Ordnungspolizei Dresden, 14.6.1945, StadtAD, Bezirksverwaltung III 52, unpag.

76 Vgl. Bericht über den Aufbau und die Arbeit der Polizei der Landeshauptstadt Dresden vom Mai bis Oktober 1945 (Registratur für die Zusammenstellung der Wochen-, Monats- evtl. Vierteljahresberichte), 18.11.1945, SächsHStAD, LBdVP 359, unpag.

77 Vgl. Bericht der Kommandantur der Ordnungspolizei, 28.8.1945, StadtAD, Dezernat Oberbürgermeister 57, Bl. 3 ff.

78 Polizeipräsidium Dresden, Protokoll der Polizeileitersitzung, 12.11.1945, SächsHStAD, LBdVP 355, unpag.

79 Vgl. Anordnung des Kriminalamtes Dresden, 30.10.1946, SächsHStAD, LBdVP 384, unpag.

80 Vgl. Bericht über den Aufbau und die Arbeit der Polizei der Landeshauptstadt Dresden vom Mai bis Oktober 1945 (Bericht der Ordnungspolizei), 18.11.1945, SächsHStAD, LBdVP 11, unpag.

81 „Bei uns rollen die Dinge an, werden nicht über Gesetze verabschiedet [sic!], sondern wir schaffen das Recht von dem Tag zu jenem Tag, der uns bevorsteht. Wir schaffen die Verordnung, die heute notwendig ist. Ob wir sie noch nächste Woche brauchen, stört uns nicht“ (Ausführungen von Ministerialrat Ludwig Hoch auf der Dienstbesprechung der sächsischen Polizeileiter, 15.11.1945, SächsHStAD, LBdVP 9, Bl. 172); vgl. Reinke: Anfänge der Volkspolizei, S. 61.

systematische Überwachungsinstrumentarium. Die als Akt der Vergeltung an belasteten Nationalsozialisten von einigen „Antifa-Komitees“ begonnene Registrierung der NSDAP-Mitglieder setzte die Polizei fort. Sie ließ in den Haushalten Meldebogen verteilen, die neben anderen Angaben die Zugehörigkeit zu nationalsozialistischen Organisationen abfragten. Alle Personen ab sechzehn Jahren waren verpflichtet, die Formulare auszufüllen. Erst bei deren Rückgabe erhielten die Betroffenen einen neuen Einwohnermeldeschein, der zum Bezug von Lebensmittelkarten berechtigte; sie wurden nur gegen Vorlage der Bescheinigung ausgehändigt. Die Bezirksmeldeämter legten Einwohnerlisten an. Bei dieser unter organisatorischen Gesichtspunkten nützlichen bürokratischen Maßnahme blieb es nicht. Das zentrale Einwohnermeldeamt erfaßte die gesammelten Unterlagen in einer „NS-Kartei“.⁸²

Opitz gab anlässlich der 2. sächsischen Polizeikonferenz am 27. November 1945 bekannt, daß sämtliche Einwohner der Landeshauptstadt registriert seien. „Jeder Einwohner ist damit im Besitz eines Einwohnermeldescheines. Wer noch keinen besitzt, hat sich aus böswilligen Gründen nicht registrieren lassen.“ Deswegen erhalte nur derjenige eine Lebensmittelkarte, der einen Einwohnermeldeschein vorweise. Alle anderen müßten namentlich gemeldet und behördlich überprüft werden, sonst würden sie von der Lebensmittelverteilung ausgeschlossen. „Damit werden wir eine Reinigung der Dresdner Einwohnerschaft von unliebsamen Elementen erreichen.“⁸³ Die lückenlose Erfassung der Bevölkerung richtete sich nicht allein gegen ehemalige Nationalsozialisten. Mit der Kartei verfügten die deutschen Kommunisten und die sowjetische Besatzungsmacht über ein Instrument zur potentiellen Kontrolle der Gesellschaft.

Bis Ende des Jahres wurden im Einwohnermeldeamt 45 000 Mitglieder der NSDAP und anderer nationalsozialistischer Organisationen erfaßt. Insgesamt registrierten die Behörden in Dresden etwa 85 000 Personen,⁸⁴ die bei politisch unliebsamem Verhalten aufgrund der festgehaltenen Angaben zu ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit unter Druck gesetzt werden konnten. Die Befugnisse der Polizei in Verbindung mit der Fragebogenaktion unterstreichen die politische Stoßrichtung der Entnazifizierung in der SBZ. Die als „Abteilung mit vorwiegend politischem Charakter“⁸⁵ bezeichnete Polizeidienststelle „NS-Kartei“ wurde noch vor dem Erlaß einschlägiger Verordnungen geschaffen und mit der Überprüfung der deutschen Bevölkerung beauftragt. Die Angaben sollten „durch besonders zuverlässige Hilfskräfte beim Bezirksmeldeamt auf ordnungs- und wahrheitsgemäße Beantwortung“ unter besonderer Berücksichtigung der NSDAP-Mitglieder überprüft werden.⁸⁶ Das Einwohnermeldeamt ging Unstimmigkeiten nach und trug „zur Aufklärung verschwiegener oder unwahrer Angaben“ bei.⁸⁷

Durch Herauslösung des Einwohnermeldeamtes aus der Zuständigkeit der zivilen Verwaltungsbehörden entstand die Arbeitsgrundlage der politischen Polizei. Sowjetische Militärbehörden beabsichtigten, in Kooperation mit deutschen Kommunisten geheim-

82 Anlage 7 zum Bericht über den Aufbau und die Arbeit der Polizei der Landeshauptstadt Dresden vom Mai bis Oktober 1945, 18.11.1945. SächsHStAD, LBdVP 11, unpag.

83 Referat von Polizeipräsident Opitz auf der 2. Polizeikonferenz der sächsischen Polizei, 27.11.1945, SächsHStAD, LBdVP 9, Bl. 108.

84 Vgl. Monatsbericht der Dresdner Polizei 1.-31.12.1945, 15.1.1946, StadtAD, Dezernat Oberbürgermeister 62, Bl. 12; Jahresbericht der Dresdner Polizei für 1946, o.D. [Ende 1946], SächsHStAD, LBdVP 1, Bl. 13.

85 Dresdner Polizei 1945-1946, SächsHStAD, LBdVP 359, unpag., hier: S. 40).

86 Anlage 7 zum Bericht über den Aufbau und die Arbeit der Polizei der Landeshauptstadt Dresden vom Mai bis Oktober 1945, 18.11.1945, ebd., unpag.

87 Dresdner Polizei 1945-1946, ebd., unpag., hier: S. 40).

polizeiliche Strukturen nach sowjetischem Vorbild zu errichten, und im Juli 1945 erging der Auftrag an den Polizeipräsidenten zur Errichtung einer Sonderabteilung der Kriminalpolizei. Opitz teilte nicht mit, ob der von ihm namentlich erwähnte Offizier ein Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes war, die damit verbundene Aufgabe schließt jedoch andere Auftraggeber aus.⁸⁸ Die anfänglich „Sonderstelle der Kriminalpolizei“ oder „Kriminalpolizei N“ genannte Abteilung im Polizeipräsidium sollte gegen „faschistische, militaristische und reaktionäre Verbrecher“ ermitteln. Außenstellen für die „Kontrolle aller faschistischen und militaristischen Elemente in Dresden“ wurden in den Stadtbezirken geschaffen. Ungeachtet dessen, daß die wenigen Polizisten einer solchen Aufgabe nicht gewachsen waren, geht aus der Beschreibung ihrer Arbeitsfelder die Absicht hervor, ein politisches Herrschaftsinstrument zu schaffen: Unterbindung der „sogenannten wilden Aktionen“, Liquidierung der „Antifa-Komitees“, Personenschutz. Die „Sonderstellen“ waren für sämtliche „Verbrechen und Vergehen politischen Ursprungs“ zuständig.⁸⁹

Im Oktober 1945 erfolgte die Trennung der Dresdner Kriminalpolizei von der kommunalen Polizei. Im Verlauf der weiteren Zentralisierung des Apparates wurde die „Sonderstelle N“ von der übrigen Kriminalpolizei getrennt und der „Zentralstelle H“ zugeordnet. Diese im Landeskriminalamt eigenständige Institution untersuchte im Auftrag von Besatzungsbehörden und Landesverwaltung folgende Delikte: „1. Faschistische und reaktionäre Organisationen und Bekämpfung derselben. 2. Verbrechen gegen die Menschlichkeit. 3. Wirtschaftssabotage.“⁹⁰ Der Dresdner Polizeipräsident gründete im Polizeipräsidium die Abteilung IV zum Zweck einer engen „Zusammenarbeit mit den Polizeirevieren in allen politischen Angelegenheiten“ und zur „Überwachung sämtlicher Organisationen und Parteien und ihrer Versammlungen“, einer zuvor bei der „Sonderstelle N“ angesiedelten Teilaufgabe, eingeschlossen die Beschaffung von Informationen über Personen.⁹¹

Aus den Dresdner Sonder- und Zentralstellen des Jahres 1945 entwickelten sich schließlich die für die Verfolgung politischer Straftaten zuständigen Referate K 5 der sächsischen Kriminalpolizei, der Vorläuferinstitution des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Die Polizei zielte nicht auf die Wiederherstellung der von den Nationalsozialisten abgeschafften Rechtsstaatlichkeit, sondern auf die weitere Erosion dieser Prinzipien.⁹² Die Polizei sollte das „Machtinstrument des Staates werden“,⁹³ wie es im Herbst 1945 der Chef der sächsischen Landespolizeibehörde, der Kommunist Artur Hofmann, als Maxime der KPD formulierte. Machtinstrument des Staates bedeutete, daß die KPD-Führung die Polizei primär zur Sicherung der Parteiherrschaft und erst nachrangig zum Schutz der Bürger einsetzte. Herkömmliche Polizeifunktionen wurden mit politischen Interessen überformt und ihnen untergeordnet, Parteidirektiven in den Rang von Handlungsanweisungen für die Polizeipraxis erhoben, unbequeme Vertreter der anderen demokratischen Parteien überprüft und verfolgt, freie Meinungsäußerungen

88 Vgl. Charakteristik Franz Dobermann von Opitz, 21.2.1946, SächsHStAD, LBdVP 368, unpag.; vgl. Naimark: Russen, S. 423.

89 Bericht über den Aufbau und die Arbeit der Polizei der Landeshauptstadt Dresden vom Mai bis Oktober 1945 (Sonderstelle der Kriminalpolizei), 18.11.1945, SächsHStAD, LBdVP 359, unpag.; vgl. Tantzsch: Vorläufer, S. 134 ff.

90 Dresdner Polizei 1945-1946, SächsHStAD, LBdVP 359, unpag., hier: S. 88 ff.

91 Bericht des Polizeipräsidents Dresden, 20.2.1946, BStU, MfS-AS 400/66, Bl. 196.

92 Vgl. Schmeitzner: Formierung, S. 209-216; Widera: Dresden 1945-1948, S. 218 f.

93 Dienstbesprechung beim Chef der sächsischen Polizei, 15.11.1945, SächsHStAD, LBdVP 9, Bl. 179.

unterdrückt und politische Einstellungen observiert. Sogenannte „politische Erörterungen“⁹⁴ der in den Dresdner Polizeirevieren eingesetzten „Kriminalposten“ bezogen sich auf nationalsozialistische Verbrechen, auf Mitglieder der NSDAP und anderer Organisationen sowie auf alle Menschen, die der neuen Ordnung im Wege stehen könnten. Entnazifizierung bedeutete in der SBZ Trennung vom Nationalsozialismus und Durchsetzung der Alleinherrschaft der KPD/SED; sie diente der Ausschaltung von nationalsozialistischen Widersachern ebenso wie der Eliminierung von potentiellen Gegnern der kommunistischen Diktatur. Die Polizei exekutierte und flankierte die Maßnahmen.

Fazit

Den Zusammenbruch der Ordnung bei Kriegsende begleiteten Entbehrungen des Alltags, fundamentale Not und immense materielle Verluste. Millionen von Menschen waren auf den Straßen, entkommen den nationalsozialistischen Vernichtungs- und Arbeitslagern, auf der Flucht vor Gefangenschaft, vertrieben aus eroberten Gebieten oder zerstörten Wohnungen. Verstärkt von ungeklärten Rahmenbedingungen und einer ungewissen Zukunft kulminierten soziale Gegensätze in den städtischen Ballungszentren zu gesellschaftlichen Brennpunkten. Den sozialen und politischen Herausforderungen versuchten sich die Mitglieder der „Antifa-Ausschüsse“ zu stellen. Die kommunistische Parteiführung fürchtete sie als Konkurrenz des eigenen politischen Konzepts und versuchten sie daher umgehend auszuschalten.

Die Bezeichnungen „Antifa-Ausschuß“ oder „Kommunale Hilfsstelle“ standen gleichbedeutend für die Bestrebungen eines politischen Neubeginns, der sich vorrangig auf die Überwindung von Problemen des Alltags konzentrierte. Die Mitglieder ersetzten in den Verwaltungsdienststellen zahlreiche belastete Nationalsozialisten und kooperierten mit dem anderen Personal. Ihre Vorstellungen in bezug auf die Verwaltung, die Wirtschaft, das Bildungswesen, die Kultur und weitere Bereiche wichen teilweise erheblich von den Plänen der Moskauer KPD-Führung für den Aufbau in Deutschland ab,⁹⁵ überdies strebten die „Antifa-Komitees“ danach, Ordnungsfunktionen auszuüben. Weitreichende politische Konzepte sind aus Dresden nicht überliefert, gleichwohl radikal-anarchistische, stalinistische und pragmatisch-sozialistische Ansätze zu erkennen.

Besatzungsverwaltung und Exilkommunisten waren aufgrund des Personalmangels und der Fülle von Aufgaben auf die Ausschüsse angewiesen, wollten ihnen aber keinesfalls Befugnisse überlassen. Mittels einer Einbindung in die neuen Verwaltungen konnten ambitionierte Aktivitäten bei der Neugestaltung der Gesellschaft nur zum Teil absorbiert werden. Da die SMAD nicht dagegen vorging, handelte die KPD-Führung. Stets auf Einklang mit der sowjetischen Militärverwaltung bedacht, brachte sie neben der Übernahme und Rekonstruktion der Verwaltung sowie der Steuerung des Parteaufbaus die Polizeigewalt in ihre Hand. Die rasche Ausrichtung der Polizei auf die kommunistische Politik wurde dadurch begünstigt, daß es gelang, pluralistische Auffassungen über die Gestaltung der politischen Ordnung als „reaktionäre“ Propaganda zu diffamieren. Diskriminierende Zuschreibungen wie „unsaubere Elemente“, „politische Drahtzieher und verbrecherische Elemente“ oder „Gesindel, das sich zum Teil Polizeifunktionen

94 Bericht über den Aufbau und die Arbeit der Polizei der Landeshauptstadt Dresden vom Mai bis Oktober 1945 (Sonderstelle der Kriminalpolizei), 18.11.1945, SächsHStAD, LBdVP 359, unpag.

95 Vgl. Erler, Peter/Laude, Horst/Wilke, Manfred (Hrsg.): „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994.

anmaße“, bezogen sich nicht zuletzt auf die unter Verdikt gestellten und nicht mit der KPD-Führung übereinstimmenden politischen Kräfte.⁹⁶

Zahlreiche Polizeiaktionen richteten sich 1945 gegen die kriminalisierten Vertreter anderer politischer Programme. Unzweifelhaft gab es in den Ausschüssen kriminelle und gesetzwidrige Aktivitäten, unter das Etikett fielen aber vorrangig Personen, die nicht den politischen Kriterien der Exilkommunisten entsprachen. Da die KPD-Führung keine rivalisierenden Kräfte duldete und das von Glaser geleitete Parteibüro die „Antifa-Komitees“ allein nicht ausschalten konnte, erhielt die Polizei die Anweisung dazu. Sie sollte die „Hilfsorganisationen“ auflösen und die Personen, „die wirklich zuverlässig und brauchbar waren, [...] in die Ordnungspolizei“ eingliedern.⁹⁷ Dieser Polizeiauftrag wurde zum Ausgangspunkt für weitere politische Aufgaben.

Der Schlüssel zur kommunistischen Umgestaltung war die politische Säuberung in jeder Hinsicht. Die „antifaschistische Stoßrichtung der neuen Polizei“⁹⁸ entsprach ihrer primär herrschaftssichernden Funktion und sollte die dominante Stellung der KPD-Führung garantieren. Sie benötigte in der Polizei eine absolut ergebene Hilfstruppe. Den Grundstein dafür legte die Personalpolitik. Vorrangig gelangten KPD-Mitglieder in den Polizeidienst, die polizeilichen Strukturen wurden auf die sowjetischen Dienststellen und auf den eigenen Parteiapparat ausgerichtet. Sowjetische und deutsche Kommunisten schufen die Polizei als politisches Instrument, um Herrschaft zu errichten und Macht auszuüben. Besatzungsoffiziere beeinflussten die Entwicklung maßgeblich, doch ohne die zielgerichtete Energie deutscher Kommunisten hätte sie nicht so dynamisch vorangetrieben werden können. In Einklang mit den gemeinsamen Beschlüssen der Alliierten stand der Einsatz von Polizeikräften bei der Ausübung von Ordnungsfunktionen unter Oberhoheit der jeweiligen Besatzungsmacht. Im Gegensatz dazu begann in der SBZ ein zugleich von deutschen Kommunisten initiiertes Prozedere zur Herrschaftsflankierung. Als wirksames Werkzeug besaß die zur Auftragsbehörde und zum Vollstreckungsorgan der Diktaturdurchsetzung ausgebildete Polizei einen Doppelcharakter als Ordnungspolizei und als Geheimpolizei. Das stellte sie trotz des personellen Bruchs mit der Vergangenheit in eine strukturelle Kontinuität zu den nationalsozialistischen Sicherheitsorganen. Das Muster dafür war die Entwicklung in Dresden.

Die Ballung von Zuständigkeit und Verantwortung bei der politischen Polizei demonstriert das tiefe Mißtrauen der KPD-Führung gegenüber der deutschen Bevölkerung und die eigenen Zweifel an der Überzeugungskraft ihrer Zukunftsutopie. Neben den Nationalsozialisten fürchtete sie besonders die demokratischen Parteien und die abweichenden Meinungen von Kommunisten oder Sozialdemokraten; deswegen setzte sie den Polizeiapparat gegen sie und all jene in Bewegung, die divergierende Zukunftsvorstellungen äußerten. Eine freie Entscheidung über die Gestaltung der Gesellschaft war ausgeschlossen.

96 Bericht über den Aufbau und die Arbeit der Polizei der Landeshauptstadt Dresden vom Mai bis Oktober 1945 (Bericht der neuen Polizei), 18.11.1945, SächsHStAD, LBdVP 11, unpag.

97 Dresdner Polizei 1945-1946, SächsHStAD, LBdVP 359, unpag., hier: S. 64.

98 Dienstbesprechung beim Chef der sächsischen Polizei, 15.11.1945, SächsHStAD, LBdVP 9, Bl. 179.